

# Mit Allah und Schweizer Waffen

## Kriegsmaterial aus der Schweiz gelangt nicht nur nach Syrien, sondern auch in andere Krisengebiete

von Katia Murmann

«Ich bin zurück», sagt der Mann am anderen Ende der Leitung. «Wenn du willst, bringe ich dich jetzt zu den Kisten mit den Granaten.» Vergangenen Sonntag, kurz nach Mittag. Der 26-jährige Fotograf der SonntagsZeitung hat auf diesen Anruf gewartet. Er wollte die Waffen schon am Abend zuvor fotografieren, doch da konnte sein Mittelsmann nicht. Dieser war in Anadan und kämpfte für die Freie Syrische Armee (FSA), wie fast jeden Abend.

Tagsüber ist es ruhiger im Norden von Syrien, nahe der Grenze zur Türkei. Deshalb kann er den Fotografen nun zu den Waffen bringen. Für die rund 50 Kilometer von der Stadt Marea nach Hritan bei Aleppo brauchen sie fast fünf Stunden. Sie fahren über kleine, holprige Strassen.

Es ist noch immer drückend heiss, als die beiden gegen 21 Uhr ein Haus in Hritan betreten, das der FSA als Basis dient. Drinnen warten drei Männer. Auf die kahlen Wände ist das Logo der Rebellen gemalt: eine runde Fahne in den syrischen Farben, sie hat Flügel und einen Adlerkopf. Daneben steht geschrieben: «Unser Führer ist Mohammed.» Viele Rebellen sind strenggläubige Muslime. So auch einer der Männer im Haus. Er trägt Bart und ein schwarzes Band um die Stirn. Darauf ist das Wort Allah zu erkennen.

«Hier sind die Waffen», sagt einer der anderen Männer. Er deutet auf olivgrüne Kisten. Darauf steht in gelber Schrift «UN 0285», der gebräuchliche UNO-Code für Handgranaten. Darunter in weisser Schrift: «CH/EGI-3932».

Der FSA-Mann öffnet die Kisten und zeigt, was darin ist: Granaten mit der Aufschrift «Offensive OHG92», hergestellt vom Schweizer Rüstungsbetrieb Ruag. Die Männer posieren mal mit einem Gewehr in der Hand und Schweizer Granaten an der Weste; dann mit den beiden Kisten in der Hand.

Die Bilder, die exklusiv für die SonntagsZeitung aufgenommen wurden, belegen: Schweizer Handgranaten sind in den Händen der Freien Syrischen Armee. Die Rebellen sind im Besitz von Kisten mit den Ruag-Waffen. Und: Es handelt sich dabei nicht nur, wie bisher angenommen, um Granaten vom Typ OHG92. Die Bilder zeigen auch Waffen des Typs HG85, die von der Ruag seit 1985 produziert werden. Die HG85 ist eine Splittergranate, gefährlicher als die OHG92.

Die Ruag will die neuen Bilder nicht kommentieren. Ein Waffenexperte der Schweizer Armee, der anonym bleiben möchte, bestätigt: «Die Handgranaten und die Kisten auf dem Bild stammen eindeutig aus der Produktion der Ruag.» Das sehe man an den Zahlencodes auf den Handgranaten und an der Bauart der Kisten. Zudem sagt der Experte: «Die Waffen wurden für den Export produziert, denn sie haben andere Farben und eine andere Beschriftung, als für die Schweizer Armee vorgesehen ist.» Nun liegen die Waffen in einem Lager der Freien Syrischen Armee in Hritan.

Schweizer Handgranaten im Bürgerkrieg in Syrien, wo jeden Tag unbeteiligte Frauen, Kinder und Männer sterben: Diese Enthüllung der SonntagsZeitung sorgte vergangene Woche für Aufregung. Die grosse Frage dabei: Wie konnten die Waffen nach Syrien gelangen? Die Schweiz hat das Land seit

1998 nicht mehr mit Kriegsmaterial beliefert.

Das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco), zuständig für die Kontrolle der Kriegsmaterialexporte, nahm Abklärungen vor. Die Ruag informierte: Die Granaten vom Typ OHG92 und der Nummer «SM 6-03-1» wurden im Jahr 2003 hergestellt und an die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) geliefert. Insgesamt 225 162 Granaten, so das Seco, hat die Ruag damals an die Armee der VAE exportiert.

Die Scheichs unterzeichneten zwar eine Erklärung, dass sie die Waffen nicht an ein anderes Land weitergeben würden. Hielten sie sich nicht daran? Es wäre nicht das erste Mal: Bereits im Jahr 2005 hatten die Vereinigten Arabischen Emirate 40 Panzerhaubitzen aus der Schweiz, die sie nicht mehr brauchten, nach Marokko exportiert - obwohl sie die Waffen nicht hätten weitergeben dürfen.

Dieses Mal reagierte das Seco schnell. Und hart. Noch am Montag nahm das Seco Kontakt auf mit dem Schweizer Botschafter in Abu Dhabi und entschied: Alle Waffenexporte in die Vereinigten Arabischen Emirate werden vorerst gestoppt.

Ein Affront für die Araber. Erst am Mittwoch wurde der Botschafter der Vereinigten Arabischen Emirate in Bern eingeschaltet. Offiziell will die Botschaft keine Stellung nehmen. Doch der Entscheid ist diplomatisch heikel. Schliesslich haben die VAE im letzten Jahr Schweizer Flugzeuge und Waffen im Wert von mehr als 260 Millionen Franken importiert - sie waren damit 2011 der grösste Kunde der Schweizer Rüstungsindustrie. Gleichzeitig sind die Arabischen Emirate der grösste Handelspartner der Schweiz in der Region.

Das Seco klärt nun, ob die Waffen aus den Vereinigten Arabischen Emiraten in die Hände der Freien Syrischen Armee kamen. Einfach ist das nicht: «Die Schweiz kann in Syrien nicht selbst ermitteln», sagt Seco-Sprecherin Marie Avet. Die Schweizer Botschaft in Damaskus ist aus Sicherheitsgründen seit Februar geschlossen. Und auch die syrische Botschafterin für die Schweiz, die ihren Sitz in Paris hatte, wurde im Mai zur Persona non grata erklärt.

Aufseiten der Rebellen kursieren verschiedene Versionen, wie die Schweizer Waffen in ihren Besitz kamen. Ein Kommandeur der FSA sagt, Schmuggler hätten die Granaten aus der Türkei gebracht. Ein anderer behauptet, sie hätten ein Waffendepot der syrischen Armee geplündert - und dabei in einem Panzer die Kisten mit den Schweizer Granaten gefunden.

Dass die Schweizer Waffen im Besitz der syrischen Armee waren, halten Experten für sehr unwahrscheinlich. «Es gibt keinen Grund, warum die Vereinigten Arabischen Emirate die Waffen an die syrische Regierung hätten liefern sollen», sagt Jeremy Binnie, Militärexperte beim britischen Forschungsinstitut Janes. Er vermutet: «Die Rebellen versuchen, die wahre Quelle der Granaten zu verheimlichen.»

Möglich sei auch, so Binnie, dass die Schweizer Handgranaten über Libyen nach Syrien gelangten. Anfang des Jahres wurde im Hafen der libanesischen Stadt Tripoli ein Schiff gestoppt. Es hatte Waffen aus Libyen geladen, die für die Rebellen in Syrien bestimmt waren. Binnie: «Es gibt starke Hinweise darauf, dass die Libyer Waffen an die syrischen Rebellen schicken.»

Wie auch immer die Waffen in die Hände der Kämpfer der Freien Syrischen Armee kamen: Es ist nicht das erste Mal, dass Schweizer Waffen in Kriegsgebieten zum Einsatz kommen.

Erst vor einem Jahr, im Juli 2011, tauchte Munition der Ruag im Krieg in Libyen auf. Die Rebellen kämpften damit gegen die Truppen von Machthaber Muammar al-Ghadhafi. Auch damals ermittelte das Seco. Ergebnis: Die Munition war von Katar nach Libyen geliefert worden, verbotenerweise. Die Schweiz verhängte einen Exportstopp gegen das Land - der allerdings von kurzer Dauer war. Katar entschuldigte sich, erklärte die Waffenlieferung mit einem «Fehler in der militärischen Logistik» und wird seit Dezember wieder mit Waffen aus der Schweiz beliefert. Auch in anderen Kriegs- und

Krisengebieten kamen und kommen Schweizer Waffen und Rüstungstechnologie zum Einsatz (siehe Grafik). In Bahrain etwa ein Piranha-Panzer der Schweizer Mowag, als Saudi-Arabien dem Golfstaat im vergangenen März half, die Proteste der Opposition niederzuschlagen. Und als die Armee des Tschad 2008 Rebellenlager im Nachbarland Sudan bombardierte, flog sie ihre Einsätze mit einem Flugzeug vom Typ PC-9 der Pilatus-Werke.

Doch nicht nur zwielichtige Regimes setzen Schweizer Waffen im Krieg ein. Auch die Koalitionstruppen in Afghanistan nutzten Schweizer Kriegsmaterial. So setzte etwa Dänemark ein Panzerfahrzeug vom Typ Eagle der Mowag am Hindukusch ein.

Weltweit gehört die kleine Schweiz zu den grössten Rüstungsexporteurern: Das renommierte Stockholmer Friedensforschungsinstitut Sipri führt die Schweiz in der Liste der grössten Waffenexporteure in den Jahren 2007 bis 2011 auf Rang 13 - hinter Schwergewichten wie den USA und Russland, aber noch vor Ländern wie Kanada, Südkorea und Brasilien.

Allein im letzten Jahr exportierte die Schweiz weltweit Waffen und Kriegsmaterial im Wert von mehr als 872 Millionen Franken. Dafür wurde sie heftig kritisiert. Denn auch Länder wie Indien, Pakistan, Israel und die Türkei stehen auf der Kundenliste - obwohl es dort immer wieder zu bewaffneten Kämpfen kommt.

Weshalb liefert die Schweiz Waffen an die Türkei, die gegen die kurdische PKK ins Feld zieht? Warum nach Indien und Pakistan, die um Kashmir kämpfen? Schliesslich steht in der Kriegsmaterialverordnung in Artikel 5, Absatz 2: «Auslandgeschäfte (...) werden nicht bewilligt, wenn das Bestimmungsland in einen internen oder internationalen bewaffneten Konflikt verwickelt ist.»

Doch was als bewaffneter Konflikt gilt, ist Auslegungssache. «Die Definition eines bewaffneten Konflikts im internationalen Völkerrecht unterscheidet sich von der Definition im Kriegsmaterialgesetz», sagt Simon Plüss, der Leiter der Exportkontrolle beim Seco. «Im Kriegsmaterialgesetz ist die Schwelle höher angesetzt, weil die Zielsetzung eine andere ist als im humanitären Völkerrecht.»

Das heisst: Ein bewaffneter Konflikt im völkerrechtlichen Sinn fällt nicht automatisch unter das Schweizer Kriegsmaterialgesetz. Genau diese Unterscheidung kritisierten im Jahr 2009 70 Rechtsprofessoren in einem offenen Brief an Bundesrätin Doris Leuthard und das Seco. Doch ihr Appell blieb ohne Folgen.

Pieter Wezeman, Experte für Waffenhandel am Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI, sagt: «Bei Waffenexporten geht es vor allem um das Geld, manchmal um Einfluss - und nicht immer spielen die Menschenrechte eine Hauptrolle.»

Er warnt: «Wer Waffen exportiert, muss damit rechnen, dass sie in die falschen Hände geraten.» Daran änderten auch strenge Waffengesetze nichts: «Die Schweiz hat eines der restriktivsten Waffengesetze weltweit», sagt Wezeman. «Und trotzdem schafft sie es nicht zu verhindern, dass ihre Waffen im Krieg eingesetzt werden.»

Deshalb, so der Experte, müsse die Schweiz genau prüfen, an wen sie Waffen liefere. «Bei Schweden zum Beispiel besteht kein Risiko», so Wezeman. «Aber im Falle der Vereinigten Arabischen Emirate ist es nicht das erste Mal, dass sie Waffen ohne Zustimmung weiterverkaufen. Da muss man vorsichtig sein.»

Publiziert am 08.07.2012